

STICHWORT

Islamismus

Islamismus ist eine politisch-extremistische Ideologie, die politische Herrschaft aus der Religion ableitet. Sie verfolgt das Ziel einer islamgemäßen Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die staatliche Ordnung und die Gesellschaft bis in die private Lebenswelt der Menschen sollen vom fundamentalistisch ausgelegten islamischen Recht bestimmt werden, das als umfassendes Regelsystem auf der Basis von göttlich geoffenbarten, unveränderlichen Normen verstanden wird (Scharia). Eine Trennung von Religion und religiös-weltanschaulich neutralem Staat (Prinzip der Säkularität) wird abgelehnt, die rechtsstaatliche Demokratie allenfalls pragmatisch akzeptiert, im Grundsatz jedoch als „Menschenwerk“ zurückgewiesen. Islamisten erheben einen exklusiven Wahrheits- und politischen Geltungsanspruch ihres Verständnisses vom Islam und leiten daraus im Sinne des islamistischen Slogans „Der Islam ist die Lösung!“ die Gestaltung von Staat und Gesellschaft ab. Islamistische Konzeptionen präsentieren sich häufig als dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Wie das Ziel konkret aussehen soll (z. B. Theokratie, Theodemokratie, Kalifat, Parlamentarismus im Rahmen schariarechtlicher Normen) und mit welchen Mitteln es zu erreichen sei, wird von politisch-legalistischen, revolutionär-militanten oder dschihadistischen islamistischen Gruppierungen sehr unterschiedlich gesehen. Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung sind indes nicht die definierenden Kriterien von Islamismus.

Geschichte

Der Islamismus ist ein modernes Phänomen. Er stellt eine mögliche Variante im

zeitgenössischen Islam dar, die seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts weltweit Anhänger gefunden und durch Migration und „Ideologieimport“ auch in Europa Fuß gefasst hat.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts traten in Reaktion auf die europäischen Kolonialisierungsbestrebungen und die damit verbundenen Krisenphänomene in der islamischen Welt Reformen auf, die die Rückkehr zu den eigenen religiösen Fundamenten als Voraussetzung für eine vom Westen unabhängige Entwicklung betrachteten. *Modernisten* wie Dschamal ad-Din al-Afghani (1839 – 1897) und Muhammad Abduh (1849 – 1905) forderten eine neue Auslegung der Quellen, die die grundsätzliche Übereinstimmung des Islam mit den Grundprinzipien der Moderne aufzeigen sollte. Die islamische Tradition und Geistesgeschichte beurteilten sie weitgehend kritisch. Eine wirkungsvolle Modernisierung musste mit der Reform der Religion beginnen. So standen die kompromisslose Ausrichtung am islamischen *Tauhid* (Einheitsbekenntnis), die Beseitigung von Aberglaube und Fremdelementen (Mystik!) und die Reinterpretation der Scharia ebenso auf dem Programm wie die Modernisierung von Bildung, Technologie und Wissenschaften. Geht die Rückkehr zum Ideal der „frommen Altvorderen“ (*salaf as-salih*) mit der Ablehnung jeglicher Veränderung als „Neuerung“ einher, haben wir es mit der *antimodernistischen* Haltung zu tun, die etwa bei den Wahhabiten und (Neo-) Salafiten anzutreffen ist. Hier ist die reine Wiederbelebung („Erneuerung“) der angeblich „ursprünglichen“ Tradition das Ziel und nicht ihre moderne Fortentwicklung. *Traditionalisten* wiederum bewerten zwar die (westliche) Moderne ebenfalls kritisch, schätzen jedoch die islamische (z. B. osmanische) Kultur und Religion – inklusive mystischer Elemente – bis ins 19. Jahrhundert als eine Blütezeit, die erst durch den

verderblichen Einfluss westlicher bzw. unislamischer Kräfte niedergegangen sei. Diese Haltung prägt weite Teile des Islam in der Türkei – und damit auch bei uns.

Alle drei erwähnten, in sich differenzierten Strömungen haben sich auch mit politischem Aktivismus verbunden. In das vielfältige Spektrum des Islamismus gehören deshalb die Muslimbruderschaft, die modernistische Thesen aufnimmt, ebenso wie die türkische Milli Görüş-Bewegung, die bei inhaltlichen Überschneidungen mit der Muslimbruderschaft deutlich traditionalistische Akzente setzt, oder der militante Salafismus, der zum Dschihad gegen die Ungläubigen aufruft und die Errichtung eines gottgefälligen Gemeinwesens mit allen Mitteln, auch Gewalt, durchsetzen will.

Auf Protagonisten wie Afghani und Abduh konnten sich sowohl liberale als säkulare als auch religiöse oder militant-revolutionäre „Reformansätze“ beziehen. Als älteste und einflussreichste sunnitische islamistische Vereinigung gilt die Muslimbruderschaft, die 1928 in Ägypten von Hasan al-Banna (1906 – 1949) gegründet wurde. Fast zeitgleich und unabhängig davon formulierte einer der wichtigsten Vordenker des Islamismus und Gründer der Jama'ate-Islami, Abu l-A'la Maududi (1903 – 1979), seine politische Theorie von der alleinigen Herrschaft Gottes, die maßgeblichen Einfluss auf den arabischen und iranischen Islamismus ausübte. Von der Muslimbruderschaft führt eine Entwicklungslinie über den Abduh-Schüler Raschid Rida (1865 – 1935) und den Theoretiker des radikalen Islamismus Sayyid Qutb (1906 – 1966) zum militant-dschihadistischen Salafismus.

Der schiitische Islamismus im Iran knüpft an spezifisch schiitische Vorstellungen an und hat mit Ayatollah Chomeinis Konzept der stellvertretenden Herrschaft des Rechtsgelehrten (*velayat-e faqih*) das erste und bislang einzige islamistische Staatssystem errichtet.

Inhaltliche Gesichtspunkte

Der Islamismus kann sich auf die religiösen Quellen des Islam (v. a. Koran und Sunna) berufen, insofern diese die politische Dimension muslimischen Lebens von vornherein in den Blick nehmen und deren Gestaltung normativ-autoritativ umreißen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Konstituierung des ersten islamischen Gemeinwesens in Medina durch den Propheten Muhammad („Vertrag von Medina“), dessen Lebenswandel bis ins Detail als verbindliches Vorbild gilt und der in Medina nicht mehr in der Defensive, sondern politisch erfolgreich war. Ansätze finden sich im Koran, spätere Quellen enthalten weitere Impulse zu vielfältigen gesellschaftlichen Themen, deren – nicht nur islamistische – Auslegung dazu dienen kann, eine „umfassende islamische Gesellschaftsordnung“ religiös bzw. religionsgesetzlich zu untermauern.

Ein zentrales Thema ist die absolute Souveränität (*hakimiyya*) Gottes (Sure 12,40; 6,57) und seines Gesandten (Sure 4,80; 5,92), die sich im „Gesetz Gottes“ (*shari'at Allah*) Ausdruck verschafft. Von ihr her muss sich die *Einheit* der islamischen Weltgemeinschaft (*umma*) und der Gesellschaft(en) in allen Bereichen gestalten. Die Ausschließlichkeit des Islam (Sure 3,19,85), die Überlegenheit der muslimischen Gemeinschaft (Sure 3,110; 2,143) oder der Status von Nichtmuslimen (Sure 9) werden häufig unter unmittelbarer Heranziehung von Koranversen thematisiert. Konzepte wie Demokratie oder Menschenrechte werden islamisch eingeordnet und qualifiziert (vgl. die „Beratung“, *schura*, Sure 42,38; 3,159, oder den Verweis auf Sure 2,256 „Es gibt keinen Zwang in der Religion“ im Blick auf „Religionsfreiheit“). Eine überscharfe „Innenwelt-Außenwelt“-Wahrnehmung führt in radikaleren Lesarten dazu, dass unter das Verdikt des Unglau-

bens auch alle Muslime fallen, die den eigenen Kriterien nicht entsprechen (*takfir* = für ungläubig Erklären). Hinzu kommt eine nicht selten ausgesprochen harsche Israelkritik mit antisemitischen Tendenzen.

Was die Grundlagen des Glaubens und der Religionspraxis – zum Beispiel Gebete, Speisegebote, Rolle der Frau, Geschlechtertrennung – angeht, unterscheiden sich Islamisten nicht von anderen Muslimen (ihrer Glaubensrichtung). Sie entnehmen Koran und Sunna jedoch gesellschaftspolitische Handlungsanweisungen.

Verbreitung, Organisationen

Belastbare Zahlen sind kaum zu ermitteln. Werden Angaben des Verfassungsschutzes zurate gezogen, gehört rund ein Prozent der Muslime in Deutschland islamistischen Organisationen an, gut 42 000 Personen. Davon fällt offenbar der größte Teil (31 000) mit der Mitgliedschaft der IGMG (s. u.) zusammen. Der Salafismus stellt eine zahlenmäßig erhebliche Gruppe dar (4000 bis 5000), die zuletzt das größte Wachstum und das stärkste Radikalisierungspotenzial zu verzeichnen hatte.

Einige islamistische Organisationen in Deutschland in Stichworten:

- Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V. (IGMG): Teil der transnationalen europäischen Milli Görüş-Bewegung, die auf den türkischen Politiker Necmettin Erbakan (gest. 2011) zurückgeht und im Kern die Errichtung eines sozialen, ökonomischen und politischen Systems auf islamischer Grundlage (*adil düzen* „gerechte Ordnung“) anstrebt; Betonung der religiösen Bildungsarbeit; befindet sich in einer Phase des personellen und strukturellen Wandels.
- Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD): wichtigste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft; Gründungsmitglied des europäischen Dachverbands „Föderation Islamischer

Organisationen in Europa“ (FIOE, Brüssel); Verbindungen zur Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD), die wiederum Gründungsmitglied des „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) ist, einer Nebenorganisation der FIOE; eine weitere wichtige Institution auf Initiative der FIOE ist der „Europäische Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien“ (ECFR, Dublin).

- Tablighi Jama'at: traditionalistisch sunnitisch, strenges Islamverständnis (Deobandi); tritt als friedliche, apolitische Missionierungsbewegung auf.
- Die arabischen Organisationen Hamas, Hizb ut-Tahrir (seit 2003 in Deutschland verboten) und Hizb Allah (Hisbollah, schiitisch) sind stark an der Politik ihrer Herkunftsländer orientiert; Bestreitung des Existenzrechts Israels.

Einschätzung

Das Miteinander in der religiös-weltanschaulich pluralen Gesellschaft lebt vom Respekt vor der vitalen Eigen- und Andersartigkeit des Anderen und vom Vertrauen in die gemeinsamen und gleichen Rechte und deren gleichberechtigte Wahrnehmung. Wird die menschenrechtliche und soziale Gleichberechtigung ausdrücklich oder unterschwellig geleugnet, ist dem Dialog der Boden entzogen und ein gelingendes gesellschaftliches Miteinander grundsätzlich gefährdet. Von fundamentalen bzw. radikalen („an die Wurzel gehenden“) religiösen Positionen an sich muss diese Gefahr noch nicht ausgehen, sofern die Spielregeln der pluralistischen Gesellschaft angenommen und in Anspruch genommen werden. Islamismus jedoch ist „Fundamentalismus in politischer Aktion“ mit dem Ziel der Transformation – sei es mit legalen und friedlichen oder militanten, dschiihadistischen Mitteln – der gesellschaftlichen Verhältnisse bis hin zur Errichtung eines

islamischen Staates. Islamismus ist eine Spielart des Extremismus und heute die größte ideologische Kraft in der islamischen Welt.

Die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus ist sinnvoll und notwendig. Der Islam ist und wird nicht *zwingend* islamistisch, es besteht aber die *Möglichkeit*. Es wäre daher verfehlt, in der Betonung des politischen Aspekts grundsätzlich eine Verfälschung oder einen Missbrauch der Religion zu sehen. Andernfalls wäre etwa auch eine Differenzierung zwischen islamischen Positionen, die das geschichtlich vorhandene Reformpotenzial des Islam angesichts pluraler rechtsstaatlicher Gesellschaftsformen ausloten (moderne Hermeneutik, kulturwissenschaftliche Zugänge), und einer von Islamisten geforderten „Reform“ im Sinne der Etablierung schariarechtlicher Strukturen gar nicht möglich. Man würde das Feld dem Machtdiskurs des Mainstream überlassen, der vorwiegend islamistisch geprägt ist. Es ist weder rassistisch noch „islamophob“, auf den Zusammenhang von Islam und Islamismus hinzuweisen.

Der explizit islamistische Diskurs ist Sache einer zahlenmäßig verhältnismäßig kleinen Minderheit unter den in Deutschland lebenden Muslimen, verfügt jedoch überproportional und international gestützt über mediale und finanzielle Ressourcen, die seinem Anspruch auf Deutungshoheit über „den Islam“ und dessen einzig richtige Interpretation wirkungsvoll Nachdruck verleihen. Die Resonanz unter jüngeren, auch gebildeten Muslimen sowie insbesondere jungen Konvertiten ist erheblich. Wichtigstes Kommunikations- und Propagandamedium ist das Internet.

Pauschale Zuschreibungen sind problematisch, wie sich im Fall der IGMG zeigt. Andererseits sind islamistische Tendenzen nicht auf bestimmte Verbände und Gruppen beschränkt. Es wird daher jeweils um

eine sach- und kontextbezogene Auseinandersetzung mit konkreten Äußerungen gehen. Der Dialog mit (gesetzeskonform agierenden) Vertretern islamistischer Gruppen im Raum der Kirche ist möglich. Die damit verbundenen Schwierigkeiten werden aus dem Vorangehenden deutlich und sollten offen thematisiert werden. Muslime dürfen nicht durch reduktionistische oder essenzialistische Islam(miss)deutungen auf radikale bzw. islamistische Positionen nachgerade festgelegt werden. (Damit würden islamistische Diskursverfahren nur unter umgekehrtem Vorzeichen geradezu gestützt.) Unabdingbar erscheinen hingegen für alle Beteiligten die selbstkritische Reflexion der verfassungsrechtlich gesicherten pluralen Situation und das offene Bekenntnis zu ihr gerade als *Bedingung der Möglichkeit* für Menschenrechte, Religionsfreiheit und ein gelingendes Zusammenleben.

Literaturhinweise

Kommentierte Quellen zum Islamismus

Andreas Meier, *Der politische Auftrag des Islam – Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen*. Originalstimmen aus der islamischen Welt, Wuppertal 1994

Sekundärliteratur

Heiner Bielefeldt/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Politisierete Religion. Ursachen und Erscheinungsformen des modernen Fundamentalismus*, Frankfurt a. M. 1998

Claudia Dantschke, *Islam und Islamismus in Deutschland*, Schriftenreihe Zentrum Demokratische Kultur, Berlin 2006

Eckhard Jesse/Uwe Backes, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. völlig überarb. und aktual. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 1996 (1. Aufl. 1989)

Johannes Kandel, *Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität*, Freiburg i. Br./Basel/Wien 2011

Gilles Kepel, *Das Schwarzbuch des Jihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus*, München/Zürich 2002

Klaus Kienzler, *Der religiöse Fundamentalismus. Christentum, Judentum, Islam*, München 2007

Olivier Roy, *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*, München 2006

Lukas Wick, *Islam und Verfassungsstaat. Theologische Versöhnung mit der politischen Moderne?*, Würzburg 2009

Friedmann Eißler